

06.11.2018 – PM 80/2018

Tarifrunde im Dachdeckerhandwerk

Schlichterspruch: 5,6 Prozent mehr Geld für Dachdecker

Frankfurt am Main – Frohe Botschaft für Dachdecker zur Adventszeit. Schon ab Dezember erhalten die rund 80 000 Beschäftigten im Dachdeckerhandwerk mehr Geld. Trotz einer langen Schlichtungsrunde fanden die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks (ZVDH) allein keinen gangbaren Kompromiss. Deshalb hat der Schlichter, Garrelt Duin, heute früh einen Schlichterspruch getroffen. Danach steigen die Einkommen der Beschäftigten in zwei Stufen um insgesamt 5,6 Prozent. „Die Verhandlungen in dieser Tarifrunde waren sehr verfahren. Obwohl die Auftragsbücher platzen, boten die Arbeitgeber in den freien Verhandlungen nicht einmal einen Inflationsausgleich an. In der dann notwendigen Schlichtung lagen wir immer noch zu weit auseinander, als dass wir eine einvernehmliche Erhöhung erzielen konnten“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „Am Ende war ein Schlichterspruch unumgänglich. Es ist die letzte Chance, zu einem Tarifergebnis zu kommen.“

Im Einzelnen sieht der Schlichterspruch ein Plus der Löhne und Gehälter ab 1. Dezember 2018 um 2,7 Prozent vor. In einem weiteren Schritt steigen sie ab dem 1. Oktober 2019 um 2,9 Prozent. Um die Branche für den Nachwuchs attraktiv zu halten, wurden auch die Ausbildungsvergütungen angehoben. Für alle Ausbildungsjahre steigen sie ab dem 1. Dezember 2018 um monatlich 80 Euro und um weitere 30 Euro ab dem 1. September 2019. Ausschließlich für Mitglieder der IG BAU gibt es eine Sonderzahlung von einmalig 360 Euro mit der April-Abrechnung 2019. Nur wer spätestens seit dem 23. November 2018 IG BAU-Mitglied ist, erhält diese Extra-Vergütung. „Es sind die IG BAU-Mitglieder, die Tarifverhandlungen erst ermöglichen. Das Plus auf dem Konto fällt nicht vom Himmel. Deshalb ist es mehr als gerechtfertigt, wenn die IG BAU-Mitglieder auch deutlich mehr vom Tarifergebnis profitieren als nicht organisierte Trittbrettfahrer“, sagte Schäfers. Die Erklärungsfrist endet am 23. November 2018.